

# Protest!

## Massenpolitik, Fotografie und Presse 1900 bis 1938

ANTON HOLZER

### Abstract

Die Straße als Bühne des Protests und die fotografische Öffentlichkeit sind eng miteinander verschränkt. Beide bildeten sich parallel zueinander und eng aufeinander bezogen um 1900 heraus. Der Beitrag untersucht am Beispiel Österreichs wie sich zwischen 1900 und 1938 die Massenpolitik der Straße – Streiks, Kundgebungen, Protestaktionen – im Medium der Fotografie niederschlug und wie, umgekehrt, die illustrierte Presse zum Echoraum der Protestpolitik wurde. Bis Ende der 1920er Jahre war die Politik der Straße ein wichtiges Instrument der linken Kräfte und der Sozialdemokratie. In den 1930er Jahren eroberten die Konservativen den öffentlichen Raum und stellten schließlich die gelenkten Massenkundgebungen in den Dienst der Diktatur.

Im April 1904 kam es – im Schatten der russischen politischen Revolten – in der k.u.k. Monarchie zu großen Eisenbahnerstreiks. Diese Protestaktionen fanden auch in bildlicher Form Eingang in die Berichterstattung. Am 28. April berichtete etwa *Das interessante Blatt*, die größte Wochenillustrierte der Monarchie, über die Protestaktionen in Ungarn. Eines der Bilder zeigt, wie Streikende in Budapest einen Zug an der Ausfahrt hindern.



Abb.1: Streik der ungarischen Eisenbahner. Streikende verhinderten am Bahnhof in Budapest die Ausfahrt eines Zuges. *Das interessante Blatt*, 28. April 1904, S. 9.

Die Zeichnung erzeugt, dem Thema entsprechend, eine große Spannung, alle Beteiligten blicken Richtung Zug, dorthin wo die Konfrontation stattfindet. Derart dramatische Szenen wurden in der Bildpresse um 1900 in der Regel in Form von Zeichnungen illustriert, Fotos kamen für solche bewegten

Ereignisse noch keine zum Einsatz. Bis zur Jahrhundertwende, teilweise aber auch noch länger, beschäftigte jede größere illustrierte Zeitung neben freien auch fest angestellte Pressezeichner.<sup>1</sup> Diese „Spezialzeichner“ – so wurden sie in der zeitgenössischen Berichterstattung oft genannt – hatten vor der Ankunft der Fotografie die Aufgabe, wichtige aktuelle Ereignisse in aussagekräftige Bilder umzusetzen. Oft zeichneten sie vor Ort, viel häufiger aber arbeiteten sie nach übermittelten Erzählungen und Berichten oder nach fotografischen Vorlagen in der Redaktion oder zu Hause. Neben der Bebilderung der Berichterstattung in Form von Zeichnungen wurden in den letzten Jahren des 19. Jahrhunderts auch Holzstiche zum Einsatz, die auf der Basis von Fotografien hergestellt wurden.

Um 1900 änderte sich diese seit Langem eingespielte zeichnerische Visualisierung des öffentlichen Raums grundlegend. Nun setzte sich eine neue Form von Öffentlichkeit durch, die wir als fotografische Öffentlichkeit bezeichnen können. Fotografien wurden nun nicht mehr, wie bis in die 1890er Jahre üblich, in ein älteres, etabliertes, weithin anerkanntes „artistisches“ Medium, den Holzstich, übersetzt, sondern sie wurden nach einer aufwendigen technisch-chemischen Bearbeitung und der Umwandlung in ein gerastertes Bild, direkt auf Papier gedruckt, in Form der sog. Autotypie. Der genannte Eisenbahnerstreik in Ungarn ist der erste Massenprotest innerhalb der Monarchie, der sich nicht nur in Zeich-

<sup>1</sup> Alle bisher bekannten Pressezeichner aus dieser Zeit waren Männer.

nungen, sondern bereits in Fotos niederschlug. Ein Foto, das Ende April 1904 ebenfalls im *interessanten Blatt* erschien, zeigt die Front der Streikenden am Bahnhof in Pressburg. Die Herausbildung einer neuen fotografischen Öffentlichkeit war, darauf weist der Fotohistoriker Ulrich Keller zu Recht hin, ein überaus

nun in Form von Fotografien Eingang in die illustrierte Massenpresse und erreichten damit ein neues Massenpublikum. Zu den wichtigen überregionalen Wochenillustrierten zählten in Österreich neben dem bereits genannten *interessanten Blatt* auch die *Wiener Bilder* und die *Österreichische Illustrierte Zeitung*.

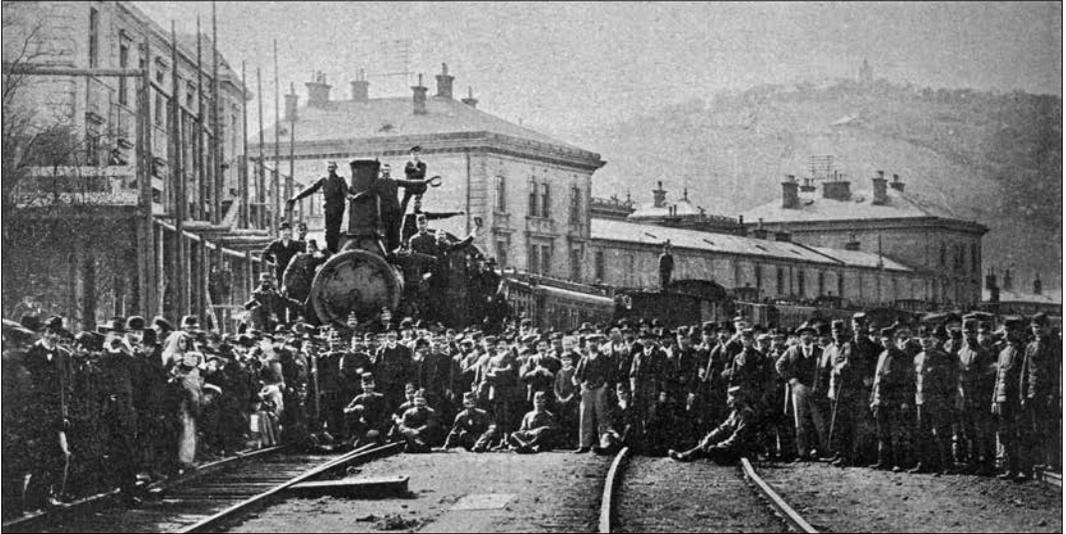


Abb. 2: Streik der ungarischen Eisenbahner am Bahnhof in Pressburg (heute Bratislava). *Das interessante Blatt*, 28. April 1904, S. 8.

komplexer historischer Prozess, der von technischen, kommerziellen, sozialen, politischen und ideologischen Entwicklungen beeinflusst wurde (Keller, 1990, 286 ff.). Rein technisch wäre der Einsatz von Fotos im Massendruck schon Anfang der 1880er Jahre möglich gewesen. Aber erst ein Jahrzehnt später, ab Anfang der 1890er Jahre, begannen die ersten Zeitungen in die technische Ausstattung des Fotodrucks zu investieren. Erst als es um 1900 kommerziell gewinnbringender wurde, Fotos statt Zeichnungen zu verwenden, setzte sich das neue Medium rasch durch – auch in Österreich. Die Fotografie wurde nun zum Leitmedium, das die bisher vorherrschende Zeichnung nach und nach verdrängte. Das 20. Jahrhundert ist von Beginn an von dieser neuen Form von Öffentlichkeit geprägt. Erst der Film und später das Fernsehen sollten die mediale Hegemonie der illustrierten Presse herausfordern. Verbunden mit diesem Medienwechsel die um 1900 einsetzende rasante Zunahme von veröffentlichten Fotografien. Große politische und gesellschaftliche Ereignisse, Protagonisten des öffentlichen Lebens, aber auch die kleinen Sensationen des Alltags fanden

### Die Straße als Arena der Massenpolitik

Öffentliche Massenkundgebungen und Protestmärsche auf der Straße gab es natürlich schon lange vor 1900. Aber um die Jahrhundertwende begann sich im Gefolge des skizzierten Medienumbruchs die visuelle Darstellung der politischen Sphäre grundlegend zu verändern: Der öffentliche Raum wurde nun nicht nur zur Arena der Massenpolitik, sondern er wurde in Gestalt des neuen Massenmediums Fotografie auf neue Weise in die visuelle Berichterstattung übersetzt. Es ist wichtig, diesen Prozess der zunehmenden Visualisierung der Politik nicht bloß als technisch-mediale Fortschrittsgeschichte zu sehen, sondern mit den vielschichtigen politisch-gesellschaftlichen Umbrüchen der Zeit in Verbindung zu bringen.

Der zentrale Motor dieser hier nur kurz skizzierten Entwicklung war die Herausbildung neuer Formen der Massenpolitik um und nach 1900. Um nur ein paar Entwicklungen zu nennen: Nach heftigen politischen Kämpfen wurde 1907 das Wahlrecht deutlich aus-

geweitet. Das bisher gültige Zensus- und Kurienwahlrecht wurde durch das allgemeine, gleiches und direkte Wahlrecht zunächst nur für Männer ersetzt. Frauen waren bis 1918 weiterhin nicht wahlberechtigt.

Damit wurde die Gruppe der politisch aktiven Bevölkerung mit einem Schlag deutlich ausgeweitet. Mit den Sozialdemokraten und Christlichsozialen etablierten sich vor der Jahrhundertwende neue Massenparteien, zu deren Strategie die politische Mobilisierung der mittleren und unteren sozialen Schichten gehörte. Die eskalierenden Nationalitätenkonflikte innerhalb der Monarchie führten zu einer zunehmenden ethnischen Frontstellung. In den großen Städten der Monarchie kam es zu einer Massenzuwanderung und, damit verbunden, zu enormen Bevölkerungszuwächsen. Alle diese Entwicklungen hatten Auswirkungen auf die Massenpolitik, die sich zunehmend auf die Straße verlagerte. Indem die illustrierte Presse Kundgebungen, Streiks und Protestaktionen in fotografischen Bildern zugänglich machte (und oft sogar befeuerte), bildete sie einen wichtigen Echoraum dieser Entwicklungen.

Ende Oktober, Anfang November 1905 kam es in Wien und in anderen österreichischen Städten zu machtvollen Demonstrationen für das allgemeine Wahlrecht. Diese Ereig-

nisse fanden in der illustrierten Wochenpresse einen breiten bildlichen Niederschlag. Zahlreiche Fotos der demonstrierenden Menschenmassen wurden in den Zeitungen veröffentlicht. Auch wenn die bürgerlichen Zeitungen sich in der Regel von den protestierenden Sozialdemokraten distanzieren, fanden die politischen Forderungen der Straße dennoch ein breites mediales Echo, das schließlich auch Wirkung zeigte. Unter dem anhaltenden politischen Druck kam die Regierung den Forderungen der Straße teilweise entgegen. Die Reichsratswahl 1907 wurde nach dem allgemeinen Männerwahlrecht durchgeführt. Das Frauenwahlrecht wurde allerdings erst 1918 eingeführt.

Aber nicht nur allgemeine politische Forderungen wurden von der Straße aus gestellt, auch Berufsinteressen wurden nun immer öfter in öffentlichen Massenkundgebungen kundgetan. Im Mai 1906 gingen die Handels- und Gewerbetreibenden Wiens für ihre Forderungen auf die Straße, im März 1907 kam es zu einem Streik der Wiener Damenschneiderinnen. 6.000 von ihnen versammelten sich auf der Wiener Ringstraße zum Protestzug. Im *interessanten Blatt* wurde in Bild und Text ausführlich über das Ereignis berichtet.



Abb. 3: Massenkundgebung der Handels- und Gewerbetreibenden gegen die (sozialdemokratischen) Konsumvereine vor dem Wiener Rathaus.

Das interessante Blatt, 31. Mai 1906, S. 10. Foto: Anton Schistal.

„Die Arbeiterinnen und die Arbeiter wollen nicht mehr unter den alten Bedingungen weiterarbeiten, sie wollen kürzere Arbeitszeit und höhere Löhne. Die Modsalons und die Damenschneider möchten nur einen Teil der an sie gestellten Forderungen erfüllen, die Arbeiterinnen und Arbeiter wieder hoffen, wenn sie fest bleiben, das Ganze durchzusetzen, und vorläufig stehen ihnen die Parteien ohne viel Luft zur Nachgiebigkeit gegenüber“

(Der Streik, 907, 3)

Da der überwiegende Teil der österreichischen illustrierten Wochenpresse um die Jahrhundertwende konservativ ausgerichtet war, war die Berichterstattung über die öffentlichen Proteste oft eine Gratwanderung zwischen der Notwendigkeit zu berichten und der politischen Ablehnung der Kundgebungen. Wenn die Forderungen der Straße „zu weit“ gingen, schlug die bürgerliche Öffentlichkeit mit aller Härte zurück. Das lässt sich am Beispiel der großen Protestaktionen des Jahres 1911 zeigen. Am 17. September 1911 fand eine große sozialdemokratische Kundgebung am Wiener Rathausplatz statt, in der die TeilnehmerInnen gegen die drastischen Preissteigerungen bei Nahrungsmitteln protestierten. Begleitet wurde die Veranstaltung von einem massiven Polizeiaufgebot. Als es im Anschluss an die Kundgebung zu Zusammenstößen zwischen Demonstranten und Sicherheitskräften kam, eskalierte die Kundgebung. Im Bezirk Ottakring kam es in der Folge zu schweren Zusammenstößen zwischen DemonstrantInnen und der Polizei, Barrikaden wurden errichtet, Gebäude und öffentliche Einrichtungen wurden in Brand gesetzt, die Polizei schoss auf die Demonstranten. Drei Menschen wurden getötet, 149 verletzt (Maderthaler & Musner, 1999, 22ff).

Die Bildberichterstattung der bürgerlichen Presse stellte sich diesmal voll und ganz auf die Seite der Polizei. Die ArbeiterInnen wurden als „Exzedenten“ (Aufrührer) bezeichnet, die Kundgebung als „Teuerungskrawall bzw. -revolte“ denunziert. Die ArbeiterInnen, die sich auf eine gewaltsame Auseinandersetzung mit dem bewaffneten Arm des Staates einließen, hatten die Sympathien der konservativen Presse von vorneherein verspielt. Sie gaben aber nicht klein bei. Das Begräbnis der von



Abb. 4: „Straßenkämpfe in Ottakring“. Das interessante Blatt, 28. September 1911, Titelseite.

der Polizei getöteten ArbeiterInnen wurde wiederum zur eindrucksvollen Massenkundgebung. In bloßen Zahlen: 40.000 Menschen nahmen an dieser Abschiedsfeier teil, 300 Kränze werden an den Gräbern der Toten niedergelegt (Die Teuerungsrevolte, 1911, 12).

### Ringstraße als Meile des Protests

Die eigentliche Ära der Massenpolitik begann erst nach dem Ersten Weltkrieg. Sichtbarstes Zeichen dafür war, dass bereits der Gründungsakt des neuen Staates, die Ausrufung der Republik am 12. November 1918, die von einer gewaltigen Massenkundgebung begleitet wurde. Das Zeremoniell der Republikgründung spielte sich zwar im bzw. vor dem Parlament ab. Aber zentraler Teil der Veranstaltung war die Politik der Straße in Form eines Aufmarschs auf der Wiener Ringstraße, der vor allem von den SozialdemokratInnen organisiert worden war. Die TeilnehmerInnen der Kundgebung begrüßten nicht nur die Republik, sondern wandten sich auch gegen das kurz zuvor abgesetzte

Habsburgische Regime und den Krieg, der erst kurz zuvor zu Ende gegangen war. Richard Hauffe war einer von zahlreichen Pressefotografen, die an diesem Tag rund um das Parlament unterwegs waren. Eine seiner Aufnahmen wurde Tage später in der *Wiener Illustrierten Zeitung* am Umschlag veröffentlicht. (Die Geburtsstunde, 2018, 1). Der Foto-



Abb. 5: Die Ausrufung der Republik am 12. November 1918. *Wiener Illustrierte Zeitung*, 17. November 1918, Titelseite. Foto: Richard Hauffe.

graf hatte seine Kamera direkt an der Ringstraße, in einem der oberen Stockwerke des Palais Epstein, aufgestellt und nahm das Parlament, dessen Vorplatz und die Ringstraße aus erhöhtem Blickpunkt auf. Das Foto zeigt wie dicht gedrängte Menschenmassen das Abgeordnetenhaus umringen. Sogar die Auffahrtsrampen zum Haupteingang sind besetzt. Nur das Monument der Pallas Athene vor dem Parlament ragt aus dem Menschenmeer heraus. Hauffes symbolträchtiges Bild platzierte die Redaktion unter dem Titel „Die Geburtsstunde der deutschösterreichischen Republik in Wien“ auf der Titelseite der Zeitung. Die Aufnahme erschien auch in anderen Zeitungen, etwa in den *Wiener Bildern* (Die Ausrufung, 2018, 2) und wird bis heute immer

wieder veröffentlicht – als *das* Bild der Republikgründung. Es verbindet Freudenkundgebung und Protestaktion in einer einzigen Szene (Holzer, 2019).

Die erste Wahl zur Konstituierenden Nationalversammlung – so wurde das österreichische Parlament vorerst genannt – fand am 16. Februar 1919 statt. Sie wurde nach dem allgemeinen, gleichen und freien Wahlrecht ausgetragen. Zum ersten Mal in der österreichischen Geschichte waren auch Frauen wahlberechtigt. Es zeichnete sich ein Kopf an Kopf-Rennen der beiden großen Massenparteien ab. In einem heftigen Wahlkampf versuchten die Sozialdemokraten und die Christlichsozialen bis zum letzten Augenblick Unentschiedene auf ihre Seite zu ziehen. Erstmals wurde über die Wahlkämpfe, die nun vor allem auf der Straße stattfanden, ausführlich und mit fotografischem Bildmaterial berichtet. Am 13. Februar 1919, dem Wochenende vor der Wahl, widmet das *interessante Blatt* dem Wahlkampf die gesamte Titelseite (Wahlagitation, 1919, 1). Das Foto zeigt eine



Abb. 6: Der erste Wahlkampf der neugegründeten Republik. Die Wahl zur Konstituierenden Nationalversammlung fand am 16. Februar 1919 statt. Das *interessante Blatt*, 13. Februar 1919, Titelseite. Foto: Welt-Preß-Photo.

Wahlkampfzene an der Wiener Ringstraße. Ein Parteienvertreter, der am Rücken und am Bauch ein Plakat mit einer Einladung zu einem Vortrag trägt, drückt den vorbeieilenden Passanten unter ihnen sind zahlreiche Offiziere, Flugzettel in die Hand. In dem Maße wie die alten Honoratiorenparteien den Massenparteien Platz machten, wurde der Wahlkampf zur Kundgebung, die die Massen auf der Straße ansprach.

Aber nicht nur Wahlkämpfe fanden in den Jahren nach 1918 auf der Wiener Ringstraße statt, sondern Massenkundgebungen und Protestaktionen unterschiedlichster Art, etwa Kundgebungen gegen den „Gewaltfrieden von St. Germain“ (Juni 1919), „Nie wieder Krieg!“-Demonstrationen, Kundgebungen von Kriegsheimkehrern und Invaliden, Erste

ArbeiterInnen, Frauen, Arbeitslose, Invaliden, Lehrlinge, Industrielle, aber auch Pferdefleischhauer und Posthilfsdienerinnen, Telefonbedienstete und Schuhmacher. Die Anfänge der jungen Republik wurden also von einer monatelang anhaltenden Protestwelle begleitet. Die ersten Kundgebungen hatten Ende Oktober und Anfang November 1918 noch in der Wiener Innenstadt, etwa in der Herrengasse, aber auch auf dem Karlsplatz oder im Prater (etwa im Zirkus Busch), stattgefunden. Nachdem Ende Oktober alle Versammlungsverbote aufgehoben worden waren, nahm die Bevölkerung nicht nur den öffentlichen Raum selbstbewusst in Besitz, sondern verlagerte die Versammlungen und Kundgebungen zunehmend in Richtung Ringstraße, sodass diese in den folgenden Jahren zur privilegierten Pro-



Abb. 7: Kundgebung von Kriegsinvaliden gegen das geplante Entschädigungsgesetz. Das interessante Blatt, 9. Dezember 1926, Titelseite. Foto: Stanislaus Wagner.

Mai-Feiern, parteipolitische Aufmärsche, Frauenkundgebungen, Kundgebungen der Mietervereinigungen, der Gewerbetreibenden, der Arbeitslosen und vieler weiterer Interessensgruppen. Alle möglichen Gruppen meldeten sich nach dem Krieg in Form von Kundgebungen zu Wort: StudentInnen und SchülerInnen, Beamte, Gewerbetreibende,

testmeile der Hauptstadt wurde.

Wenn wir die Bildberichterstattung über die Demonstrationen, Kundgebungen und Aufmärsche der österreichischen Zwischenkriegszeit überblicken, fällt auf, dass der öffentliche politische Raum zwischen 1918 und 1938 im Wesentlichen zweigeteilt ist. Während in Wien die Sozialdemokratie (bis zu ihrem gewaltsam

herbeigeführten Verbot 1934) mit absoluter Mehrheit herrschte, hatten fast im gesamten restlichen Österreich die Christlichsozialen das Sagen. Die Kommunisten, die in den politisch turbulenten Monaten nach dem Kriegsende in Wien immer wieder größere Massenkundgebungen zustande brachten, gingen in

kam es zu politisch motivierten Verhaftungswellen im kommunalen Wiener Wohnbau. Aber nicht nur die kommunistische Bewegung, auch die Sozialdemokratie war nun in der Defensive.

Ende der 1920er Jahre spitzte sich die politische Konfrontation zwischen links und rechts



Abb. 8: „Es lebe die Diktatur des Proletariats“. Kommunistische Demonstranten zogen am 15. Juni 1919 zum Wiener Landesgericht und forderten die Freilassung der am Vortag verhafteten Parteiführer. *Das interessante Blatt*, 19. Juni 1919, S. 5. Foto: Welt-Preß-Photo.

diesem Zweikampf bald unter. Es gelang ihnen zwar eine Zeit lang, die Straße zu ihrer Bühne zu machen, aber ein wichtiges Gegenstück dieser politischen Öffentlichkeit, der Zugang zu auflagenstarken Massenmedien, fehlte ihnen.

### Kampf um die Straße

Das Ende des prekären Gleichgewichts zwischen SozialdemokratInnen und Christlichsozialen kündigte sich Ende der 1920er Jahre an, als es den konservativen Kräften, unterstützt durch Regierung und Polizeistaat gelang, der Linken die Oberhoheit über die Wiener Straße allmählich zu entwenden. Der massive Polizeieinsatz gegen demonstrierende ArbeiterInnen im Jahr 1927 (der unter dem Begriff des „Justizpalastbrandes“ bekannt geworden ist) markiert einen wichtigen Einschnitt in diesem Prozess. Zwei Jahre später ging die Polizei gegen eine kommunistische Kundgebung in Meidling vor, die auf der Straße, aber auch an den Fenstern der Häuser stattfand. Berittene Polizisten lösten die Massenkundgebung gewaltsam auf. In der Folge

deutlich zu. Ort der Auseinandersetzung war nun immer öfter die Straße. Es kam regelmäßig zu Kundgebungen, Demonstrationen und



Abb. 9: Kommunistische Arbeiterfrauen in einem Gemeindefohnhaus in Wien Meidling. Sie unterstützten eine kommunistische Demonstration, indem sie rote Fahnen schwenkten und Leninbilder zeigten.

*Das interessante Blatt*, 28. Februar 1929, S. 5. Foto: Ernst & Cesanek.

Massenaufmärschen, die immer stärker einen militärischen Charakter annehmen. Verantwortlich für diese Militarisierung der Straße waren nicht zuletzt die sog. Wehrverbände, paramilitärische Einheiten im Vorfeld der großen Parteien, die ihre Macht in Form von martialischen Aufmärschen demonstrierten. Die politische Ausgangslage hat sich gegenüber den Straßenprotesten der Jahre 1918/19 grundlegend geändert. Nicht mehr aufgebraute Kriegsverlierer und kommunistische DemonstrantInnen, sondern straff organisierte paramilitärische Verbände dominierten nun die Auseinandersetzung auf der Straße. Insbesondere die rechte Heimwehr lehnte das parlamentarische System offen ab und drängte immer öfter in aggressiven Kundgebungen auf die Straße. Ein Foto, das Anfang 1930 während eines großen Heimwehraufmarsches an der Wiener Ringstraße entstand, signalisiert auf schlagende Weise die Distanz zwischen Parlament und politischer Kundgebung.



Abb. 10: Heimwehraufmarsch auf der Wiener Ringstraße vor dem Parlament. Das interessante Blatt, 6. Februar 1930, S. 4. Foto: Leo Ernst.

Der Pressefotograf Leo Ernst hatte mit seiner Kamera etwas erhöht am Straßenrand Stellung bezogen. Vor ihm marschierten die Spitzenfunktionäre der christlichsozialen Heimwehr. Die Straße ist von zahlreichen Schaulustigen gesäumt. Ganz links im panoramaartig angelegten Bild taucht aus dem Winternebel ein Teil des Parlamentsgebäudes auf. Das Foto ist kein Schnappschuss. Der Fotograf hat seinen Standpunkt sorgfältig gewählt. Auf diese Weise gelang es ihm, das Parlament und die daran stolz vorbeiziehende paramilitärische Formation geschickt in einer einzigen Szene festzuhalten. Man merkt unschwer, wohin die politische Macht gewandert ist: vom Parlament auf die Straße.

Die Heimwehr erstarkte ab 1929 nicht nur in Österreich insgesamt, sondern auch im Roten Wien, ihre öffentlichen Auftritte zogen mehr und mehr Menschen an. Als die paramilitärischen Verbände im November 1929 wiederum einen Aufmarsch in Wien organisierten, war der Zulauf weitaus größer als je zuvor. An die 10.000 uniformierte Heimwehrlaute defilierten über die Ringstraße zum Heldenplatz, wo die neuen Wimpel der militärischen Formation geweiht werden. Anfang der 1930er Jahre spitzte sich der Machtkampf auf der Straße weiter zu. 1932 erwuchs den Christlichsozialen auf der Straße nicht nur von links Konkurrenz (den SozialdemokratInnen), sondern auch rechts (den NationalsozialistInnen). Letztere, die NationalsozialistInnen feierten in diesem Jahr ihre größten politischen Erfolge scheuten vor Gewalt und Terror nicht zurück. In dieser verfahrenen politischen Situation, versprach die autoritäre Regierung Dollfuß, auf der Straße gewaltsam „aufzuräumen“. Nach und nach wurden ab

1933/34 die Organisationen der politischen Gegner verboten, die Parteien und Medien der KommunistInnen, der NationalsozialistInnen und schließlich im Frühjahr 1934 der SozialdemokratInnen.

Im Februar 1934 eskalierte die Situation. Der Schutzbund, die militärische Vorfeldorganisation der Sozialdemokraten, setzte sich gegen den letzten Schritt in Richtung Diktatur zur Wehr, die geplante Entwaffnung ihrer Organisation. Es kam zum Ausbruch offener Gewalt. Der kurze, blutige Bürgerkrieg zwischen den Regierungstruppen und Mitgliedern des Schutzbundes dauerte vom 12. bis zum 15. Februar 1934. Er forderte über 300 Todesopfer und mehrere hundert Verletzte. Der

Niederlage der Sozialdemokraten folgten Verhaftungen und Repressalien. Die sozialdemokratische Partei und Presse wurden ebenso wie die Gewerkschaftsbewegung verboten. Der Wiener Bürgermeister Karl Seitz und weitere Sozialdemokraten wurden verhaftet. Die Stadtverwaltung der Hauptstadt war nun in der Hand der diktatorisch agierenden Regierung. Jegliche politische Opposition war fortan ausgeschaltet.

## Die Inszenierung der Massen im „Ständestaat“

Es ist kein Zufall, dass sich die Heimwehrformationen im Mai 1933 im Schloss Schönbrunn, dem symbolischen Herzstück des habsburgischen Staates, zu einer großen Kundgebung einfanden. Ihr Führer, Ernst Rüdiger



Abb. 11: Kundgebung der Heimwehr im Schloss Schönbrunn.

Das interessante Blatt, 18. Mai 1933, Titelseite. Foto: Ernst-Hilscher.

diger von Starhemberg, hielt von der habsburgischen Schlossterrasse eine Ansprache an 40.000 Heimwehrleute. Die Straßen der Hauptstadt waren 1933, nach den vernich-

tenden Schlägen gegen die Opposition, „befriedet“ und leergeräumt. Die neue Regierung knüpfte symbolisch bewusst an das Haus Habsburg an. Zugleich begann sie damit, den öffentlichen Raum mit monumentalen, staatstragenden politischen Kundgebungen, die den neuen „Ständestaat“ feiern, in Besitz zu nehmen. Diese Strategie, die unter Dollfuß begann und nach seinem Tod 1934 von seinem Nachfolger Kurt Schuschnigg fortgesetzt wurde, gipfelte in einer diktatorisch gelenkten Massenpolitik. Diese wurde zentral organisiert und orchestriert, medial und in ihren politischen Aussagen bis ins letzte Detail durchgeplant. An die Stelle des breiten Massenprotests von unten war nun die gelenkte Massenkundgebung von oben getreten. Die Politik der Straße war nun zum autoritären Instrument der Diktatur geworden.

Ab 1933 kam es regelmäßig zu solchen regierungsfreundlichen Großkundgebungen auf der Straße und an öffentlichen Orten. Ende Januar 1933 etwa organisierte die Regierung eine Kundgebung von rund 15.000 Anhängern der Vaterländischen Front am Wiener Ballhausplatz, also direkt vor den Regierungsämtern, die die Politik von Kanzler Dollfuß symbolisch stärken sollten.



Abb. 12: Kundgebung der Vaterländischen Front auf dem Wiener Ballhausplatz, Ende Januar 1934. Vom Balkon des Regierungsgebäudes spricht der Kanzler Engelbert Dollfuß zur Menge. Das interessante Blatt, 1. Februar 1934, S. 3. Foto: Ernst-Hilscher.

Auch im „Ständestaat“, der 1934 aufgerufen wurde, wurden regelmäßig staatlich organisierte Aufmärsche und Kundgebungen veranstaltet. Den Auftakt dieser regierungstreuen Massenveranstaltungen bildete die Erste Mai-Feier im Jahr 1934. Alle sozialdemokratischen Veranstaltungen waren nun

verboten, dafür stand der Tag ganz im Zeichen des neuen starken Mannes, des austrofaschistischen Kanzlers Engelbert Dollfuß, der an diesem Tag feierlich die neue (diktatorische) Verfassung des „Ständestaates“ verkündete. Der bisherige sozialdemokratische Tag der Arbeit wurde zum Feiertag für den neuen „Ständestaat“ umfunktioniert. Der Kanzler selbst stand im Mittelpunkt dieser Inszenierung, die sich über den gesamten Tag erstreckte und eine Art politisches Gesamtkunstwerk darstellte. Eingeleitet wurde der Reigen an Veranstaltungen mit einem Festgottesdienst im Wiener Stephansdom, an dem Dollfuß teilnahm. (Erster Aufmarsch, 1934, 2). Anschließend fand im Praterstadion eine sog. „Kinderhuldigung“ statt. Auf Geheiß der Regierung hatten sich 50.000 Schulkinder eingefunden, die dem „neuen Österreich“ (und natürlich auch dem Kanzler, der anwesend war) huldigten.

Die Massenpolitik des Austrofaschismus setzte sich dezidiert von der linken politischen Kultur der 1920er Jahre ab, die – vor allem in Wien – den Ton angegeben hatte. Nichts sollte mehr an die „wilden“ politischen Kundgebungen der vergangenen Jahre erinnern. Jeder Schritt war sorgsam gelenkt, jede Rede nahm Bezug auf das größere Ganze, den neuen „Ständestaat“. Die Straße war nun, so hieß es, „frei“, das heißt fest in der Hand der Regierung. Jede oppositionelle Äußerung wurde streng geahndet. Wenn sich Menschen auf der Straße oder im öffentlichen Raum in großer Zahl versammelten, taten sie dies unter strenger Anleitung. Einen Höhepunkt erreichten die austrofaschistischen Masseninszenierungen am 18. Oktober 1936, als die Vaterländische Front, die Einheitspartei des „Ständestaates“, in Wien einen öffentlichkeitswirksamen „Appell“ veranstaltete. Insgesamt 350.000 Menschen nahmen an der Großveranstaltung auf dem ehemaligen k.u.k. Exerzierplatz Schmelz im 15. Wiener Gemeindebezirk teil. Die Logistik im Hintergrund der Kundgebung war gewaltig. Im Abstand von fünf Minuten kamen Sonderzüge aus ganz Österreich an, um die TeilnehmerInnen der Kundgebung nach Wien zu bringen. Auf der Ehren- und Rednertribüne, einer eigens errichteten monumentalen Konstruktion, über der das Symbol des „Ständestaates“, das sog. „Kruckenkreuz“, angebracht war,



Abb. 13: Kundgebung der Vaterländischen Front auf der Schmelz. Am Mikrophon im Vordergrund ist der Bundeskanzler Kurt Schuschnigg zu sehen. Das interessante Blatt, 22. Oktober 1936, Titelseite. Foto: Dietrich.

war die gesamte Regierung versammelt. (Der große Frontappell, 1936, 1,4). Eine Feldmesse, die von Erzbischof Theodor Innitzer, einem begeisterten Anhänger des Austrofaschismus, zelebriert wurde, eröffnete die Kundgebung. „Um 11 Uhr traf Dr. Schuschnigg unter den Klängen der Bundeshymne und von brausenden Hochrufen [...] auf dem Versammlungsplatz ein“, so berichtete das *Interessante Blatt*, dessen Berichterstattung ganz auf der Linie der Regierung lag (ebd., 4).

„Nach verschiedenen kurzen Reden hörte die Menge die ergriffene Stimme des Gründers der V. F. (Vaterländischen Front, A.H.), des verstorbenen Kanzlers Dr. Dollfuß. Das Lied vom Guten Kameraden ertönte und dann ergriff Dr. Schuschnigg das Wort zu seiner großangelegten Rede, die eine Symphonie des Vaterlandes aufrollte“.

(Der große Frontappell, 1936, 4)

## Diktatur auf der Straße

Oppositionelle Proteste fanden seit 1934 auf der Wiener Ringstraße keine mehr statt. Aber politisch entleert blieb diese Prachtstraße dennoch nicht. Immer wieder fanden hier staatliche Kundgebungen statt. Und auch das Militär nahm diesen öffentlichen Raum nun selbstbewusst in Besitz. Wie eine Aufnahme aus dem Jahr 1937 zeigt, sollte die Frühjahrsparade auf der der Ringstraße die militärische Entschlossenheit des kleinen Staates unter Beweis stellen.



Abb. 14: Frühjahrsparade auf der Wiener Ringstraße vor dem Parlament, April 1937. *Das interessante Blatt*, 29. April 1937, S. 5.

Über das Pflaster rattern gepanzerte Kampfwagen, am Himmel sind Militärflugzeuge zu erkennen. Das Parlament im Hintergrund ist hier deutlich sichtbar zur Kulisse für eine martialischen Symbolpolitik der Regierung degradiert worden. Die ehemals demokratische Volksvertretung ist hier nicht mehr als ein architektonisches Relikt aus vergangenen Zeiten. Das militärische Säbelrasseln sollte den „Ständestaat“ freilich nicht vor dem Druck des nationalsozialistischen Deutschen Reiches bewahren. Ein Jahr später zog Adolf Hitler im offenen Wagen triumphierend und vor jubelndem Publikum über ebendiese Ringstraße. Am 15. März 1938 verkündete

er am Heldenplatz den „Anschluss“ Österreichs an Deutschland. Nun war das Parlamentsgebäude auf der anderen Straßenseite endgültig obsolet geworden. Die Straße war nun zur Bühne der nationalsozialistischen Diktatur geworden.

Die illustrierte Presse, die in ihrer Fotoberichterstattung nach 1900 jahrzehntelang zur Echokammer des politischen Protests geworden war, hatte bereits während des „Ständestaates“ in den 1930er-Jahren eine neue Rolle eingenommen: Sie war nun zum Propaganda- und Verlautbarungsinstrument der Regierung geworden. In dieser Funktion nutzte nach 1938 auch das nationalsozialistische Regime die illustrierte Presse. Sie wurde lückenlos in die medialen Propagandainstrumente der Diktatur integriert.

Nach dem Ende des Krieges war die Presse (und damit auch die illustrierte Presse) – zumindest in den Augen der Alliierten – politisch diskreditiert. Dazu kam, dass aus politischen und ökonomischen Gründen keine vor 1945 existierende illustrierte Wochenzeitung nach dem Krieg weitergeführt wurde. In personeller Hinsicht jedoch gab es durchaus Kontinuitäten. Zwar wurden nach 1945 neue illustrierte Wochenzeitungen gedruckt, aber ihre Bedeutung reichte nicht mehr an die Vorläufer heran. Das lag u.a. auch daran, dass das Fernsehen eine neue Arena des Bildlichen etablierte, mit der sich die schwerfälligen Apparate der Wochenzeitungen nur schwer messen konnten. Diese Ablöse von der illustrierten Presse zum Fernsehen war ein komplexer gesellschaftlicher und medialer Prozess, der an die Entstehung der fotografischen Öffentlichkeit um 1900 erinnert. Diesen zu analysieren, ist einem anderen Beitrag vorbehalten.

## Literaturverzeichnis

- Holzer, A. (2019). *Die erkämpfte Republik. 1918/19 in Fotografien*, Ausstellungskatalog Wien Museum, Residenz Verlag.
- Keller, U. (1990): Photojournalism around 1900. The Institutionalisation of a Mass Medium. In: K. Collins (Hrsg.), *Shadow and Substance. Essays on the History of Photography. In Honor of Heinz K. Henisch*, Troy, Amophoous Institute Press, S. 283-303.
- Maderthaner, W.& Musner, L. (1999). *Die Anarchie der Vorstadt. Das andere Wien um 1900*, Campus.

## Quellen

- Der Streik in der Wiener Damenbekleidungsbranche. (1907, 28.3.), *Das interessante Blatt*, 3-4.
- Die Teuerungsrevolte in Wien. (1911, 28. 9.), *Das interessante Blatt*, 12.
- Wahlagitation. Vor den Wahlen für die deutschösterreichische Nationalversammlung. (1919, 13.2.), *Das interessante Blatt*, 1.
- Die Geburtsstunde der deutsch-österreichischen Republik, (1918, 17. 11), *Wiener Illustrierte Zeitung*, 1.
- Die Ausrufung der Republik, (1918, 17.11.), *Wiener Bilder*, 1.
- Erster Aufmarsch der vaterländischen Soldatenfront in Wien. (1934, 10.5.), *Das interessante Blatt*, 2.
- Der große Frontappell der V.F. (1936, 22.10), *Das interessante Blatt*, 1, 4 f.

ANTON HOLZER,  
Studium der Geschichte, Politikwissenschaft und Philosophie in Innsbruck, Bologna und Wien, Dr. phil. Er arbeitet als Fotohistoriker, Ausstellungskurator und Publizist in Wien. Seit 2001 Herausgeber der Zeitschrift „Fotogeschichte. Beiträge zur Geschichte und Ästhetik der Fotografie“ (Jonas Verlag). Zahlreiche Forschungsprojekte, Ausstellungskataloge und Publikationen, u.a. zur Geschichte der Fotoreportage, zur Kriegsfotografie, Street Photography und zu Exil und Fotografie. <http://www.anton-holzer.at>